

Die Frage nach der Zugehörigkeit

Emotional Im Schösslekeller in Vaduz fand gestern Abend die Veranstaltung der Freien Liste zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung statt. An der anschliessenden Diskussion knallten verschiedene Meinungen aufeinander.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Beantragt ein Schweizer nach heutigem Recht den liechtensteinischen Pass, muss er seinen Schweizer Pass abgeben. Das soll mit der Vorlage der Regierung zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung geändert werden. Bereits im vergangenen September-Landtag diskutierten die Abgeordneten kontrovers über das Thema. Und auch gestern war die von der Freien Liste (FL) veranstaltete Podiumsdiskussion im Schösslekeller in Vaduz alles andere als langweilig.

Doch zuvor hielt Forschungsbeauftragte am Liechtenstein-Institut Martina Sochin D'Elia ein Impuls-Referat. Sie erklärte, dass 24,8 Prozent aller in Liechtenstein wohnhaften Personen Doppelbürger sind. Das ist möglich, da Kinder von binationalen Eltern beide Staatsbürgerschaften haben können. Bei der Einbürgerung müssen die Personen nach jetzigem liechtensteinischen Recht ihren «ursprünglichen» Pass für den Liechtensteiner Pass opfern. Heute fordern 14 Länder in Europa den Verzicht, darunter auch Österreich. Sechs Länder fordern den Verzicht, kennen aber auch Ausnahmen, darunter Deutschland. Dort gilt das «ius soli»-Prinzip. Dieses gibt den Kindern bei der Geburt automatisch das Bürgerrecht, wenn die Eltern länger als acht Jahre in Deutschland wohnen. Dann gibt es 21 Länder, die keinen Verzicht fordern, darunter auch die Schweiz.

Von Risiken und Chancen

Sochin D'Elia zählte als Chancen für die Doppelbürger unter anderem auf, dass die Einführung die



Helen Konzett (Zweite von l.) und Ralph Wanger (Zweiter von r.) waren sich in einem Punkt einig: Eine Einführung nur für gewisse Bürger bspw. aus der EU und dem EWR unterstützen sie nicht.
Bild: Nils Vollmar

Hürden zur Einbürgerung nehmen könnte und die Motivation, sich einbürgern zu lassen, zunehmen. Ausserdem würde eine Einbürgerung die persönliche Sicherheit stärken – eine Person kann nicht mehr so einfach aus dem Land ausgeschafft werden. Auch erhalten die Personen politische Rechte, sind beruflich besser gestellt und beteiligen sich mehr in der Gesellschaft.

Die Risiken seien, dass die Staatsangehörigkeit den Doppelbürgern einfacher entwendet werden kann als Einfachbürgern, denn niemand will Staatenlose. Auch könne es sein, dass mehr Pflichten als Rechte auf die Doppelbürger zukämen. So beispielsweise mit dem US-amerikanischen Pass. Dann kann der Bürger zwar in beiden Ländern wählen und abstimmen, muss aber auch in beiden Ländern Steuern zahlen. Auch für das Aufenthaltsland gab sie die Chancen und Risiken wieder.

«Es kann sein, dass sich die Doppelbürger weniger mit dem Land Liechtenstein identifizieren», so Sochin D'Elia. Sie führte

verschiedene Studien aus verschiedenen Ländern an, die diese These entweder widerlegten oder untermauerten. In der Schweiz sei die Identifikation mit der Schweiz und dem Herkunftsland aber genauso stark.

Ein weiteres Risiko sei die fehlende Motivation, sich zu integrieren. Auch diese Aussage widerlegte sie mit Studien, die zeigten, dass eingebürgerte Personen sich besser in der Gesellschaft integrierten, da die Motivation gesteigert werde. «Auch fällt in den Diskussionen oft die Aussage, dass Doppelbürger weniger loyal gegenüber dem Aufenthaltsland sind. In der Schweiz zeigt sich, dass sich die Bürger mehr für die Schweiz einbringen.» Sie sprach auch davon, dass oftmals eine Angst vorherrsche, externe Konflikte könnten durch die Doppelbürger im Aufenthaltsland integriert werden.

Die Chancen seien, dass die Personen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten, eine verbesserte soziokulturelle Eingliederung stattfinden und sie sich stärker mit dem Land

identifizieren und mehr einbringen würden.

«Staatsbürgerschaft auf Silbertablett serviert»

Anschliessend knallten zwei Meinungen aufeinander: Auf der Bühne sass einerseits die FL-Landtagsabgeordnete Helen Konzett, die die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung als Motivation genommen hat, um politisch tätig zu werden. Und andererseits sass neben ihr Rechtsanwältin Ralph Wanger, der in seiner Dissertation im Jahr 1999 über das Landesrecht geschrieben hat und sich klar gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung ausspricht. Co-Präsidentin der FL Conny Büchel-Brühwiler sowie FL-Vorstand Ecki Hermann leiteten die Diskussion. Hermann bedankte sich gleich zu Beginn bei Wanger, dass er sich als einzige kritische Stimme getraut hätte, am gestrigen Abend zu erscheinen. «Vielleicht können wir von deinen Argumenten etwas mitnehmen», erklärte Hermann. Büchel-Brühwiler

stellte die Frage: «Ist es Zeit, den Verzicht auf die doppelte Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung aufzuheben?» Ja, fand Konzett: «Die Einführung ist eine Notwendigkeit und ein Fairnessgebot, wenn ein Viertel der Liechtensteiner betroffen ist», so Konzett.

Wanger fand, dass das Referat der Beauftragten, die seiner Ansicht nach klar die Position für die Einführung vertrat, nicht ganz richtig war. «Sie hat alle Risiken mit Studien belegt, doch was ist, wenn sich Liechtenstein einmal in wirtschaftlich schlechten Zeiten befindet, dann können die Doppelbürger alle unser Land verlassen», erklärte Wanger. «Für mich steht die Einbürgerung am Schluss der Integration. Sie sollen zuerst beweisen, dass sie genügend eingebürgert sind», erklärt er. Vor allem vertrat er den Standpunkt, dass sich auch jene einbürgern lassen, die zu wenig integriert sind. Auch müsste Liechtenstein eben wegen seiner Kleinheit die Identität bewahren.

Konzett konterte, dass der Begriff Kleinstaat schon oft eingesetzt wurde, um etwas zu verhin-

dern: «Im Kleinstaat müssen wir alle am selben Strick ziehen.» Die Menschen müssten vielmehr einsehen, dass es viele Leute gebe, die sich gerne einbürgern wollen, aber nicht können. «Ressourcen werden nicht genutzt», so die Landtagsabgeordnete. Nach Wanger gebe es «objektiv keinen Grund, dass es jetzt eingeführt werde». Denn nur 42 Prozent der effektiven Ausländer könnten von der Einführung profitieren. «Darunter sind hauptsächlich Italiener und Portugiesen, Deutsche und auch Österreicher profitieren aufgrund ihrer Gesetzgebung nicht», so Wanger. Es bräuhete also eine eigene Regelung mit den beiden Ländern. Konzett entgegnete: «Der Zeitpunkt ist richtig, wir wollen, dass das alle Generationen noch erleben dürfen.» Wiederum hitzig ging es bei der Frage «Was ist integriert?» zu und her. Wanger erklärte: «Ich will verhindern, dass jemand eingebürgert wird, der nicht integriert ist. Denn wenn die Staatsbürgerschaft auf dem Silbertablett serviert wird, wer kann da Nein sagen?» Es sei natürlich hart, aber «was hätte Liechtenstein für einen Integrationsbeweis, ausser wie lange jemand schon in Liechtenstein lebt?», führte er an. Mit dieser Haltung würden Ängste geschürt, die nicht stimmen, so Konzett. «Die Person müsste sich ja im Wald verstecken haben.»

Ein regelrechtes Ping-Pong-Spiel: Argument stand gegen Argument. Als sich gegen Schluss auch die Zuhörer einschalten durften, zeigte sich die Diskussion in emotional aufgeladenen Sätzen wie «die Wurzeln sind nicht an den Pass gebunden» oder «wenn ich mich dazu entscheide, Liechtensteinerin zu werden, braucht es doch keinen Verzicht». Konzett führte an: «Muss man sich denn entlieben, um sich neu zu verlieben?»